

INFORMATIONEN

22. DEZ. 1975

Freie Universität Berlin

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4 / 1975 – Dezember

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Je länger die wirtschaftliche Krise andauert, desto deutlicher wird das Versagen der Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung. Ein Jahr ist es nun her, daß die Regierung ein groß angelegtes Konjunkturprogramm verabschiedet hat. Das Bruttonsozialprodukt sinkt trotzdem seit ein- einhalb Jahren. Das Produktionsniveau ist auf den Stand von 1972 gefallen.

Während in der Diskussion über die Richtigkeit der wirtschaftspolitischen Linie inzwischen auch in der Wirtschaftswissenschaft kritische Positionen geäußert werden – das Memorandum von 41 Wirtschaftswissenschaftlern aus der Bundesrepublik macht das deutlich –, so verfolgt die Bundesregierung ihren Weg von Mißertfolg zu Mißertfolg.

Ausgerechnet eine sozialdemokratisch geführte Regierung erhofft sich von der Selbsttätigkeit der Unternehmer einen neuen raschen Wirtschaftsaufschwung. Alle Maßnahmen kreisen um das Zentrum „Profit“.

Tatsächlich war die finanzielle Lage der meisten Unternehmen selten so gut wie gegenwärtig. Ihr Finanzierungsspielraum erlaubt den Unternehmern hohe Privatentnahmen, die Eigenfinanzierungsquote steuert auf 100 Prozent zu. Die Ertragslage ist in den meisten Bereichen durchaus günstig, und weitere Verbesserungen werden für die nahe Zukunft erwartet.

Trotzdem gehen die realen Investitionsausgaben der Industrie weiter zurück. Bei Auslastungsquoten der Kapazitäten um 75 Prozent konzentriert sich die Investitionstätigkeit auf Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen – mit katastrophalen Folgen für die Arbeitsmarktlage heute und in Zukunft.

Während immer umfangreichere Mittel durch den Staat in die Konzerne gepumpt werden – neue Steuervergünstigungen sind in der Diskussion –, ist die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand real rückläufig, eine Politik, die allen sozialdemokratischen Programmatiken – z. B. dem Orientierungsrahmen – diametral widerspricht. Die negative Tendenz der privaten Investitionen wird im staatlichen Bereich nachvollzogen.

Während die Staatsausgaben vor allem im Investitionsbereich prozyklisch gestaltet sind, erinnert die Sozialpolitik der Bundesregierung eher an die Brüningsche Politik der Notverordnungen als an sozialdemo-

kratische Reformpolitik. Der soziale Sektor wird erbarmungslos beschnitten, ohne zu berücksichtigen, daß dadurch nicht nur die soziale Lage einzelner Gruppen einschneidend verschlechtert, sondern zudem auch die Kaufkraft der Masse der Verbraucher reduziert wird. Durch die „Sparmaßnahmen“ wird ein Prozeß beschleunigt, der ohnehin mit dem bestehenden System der Sozialversicherung und der sogenannten sozialen Sicherung verknüpft ist: Je länger der soziale Notstand – z. B. die Arbeitslosigkeit – andauert, desto geringer wird das Einkommen der Betroffenen.

Gleichzeitig gehen von der Lohnentwicklung immer stärkere restriktive Effekte aus. Die Lohnsumme fällt real immer rascher, auch die Pro-Kopf-Einkommen liegen kaum noch über der Inflationsrate. Erste Tarifabschlüsse unter der Rate der Preissteigerungen lassen ein weiteres Absinken erwarten.

Was die Bundesregierung im Bereich des staatlichen Systems der sozialen Sicherung vorexerziert, findet in den Betrieben durch die Unternehmer eifrige Nachahmung. Vor allem das Weihnachtsgeld, häufig nicht im vollen Umfang tariflich abgesichert, eignet sich für den betrieblichen Sozialabbau.

Weder von den privaten Investitionen noch von der staatlichen Ausgabenpolitik, noch von der privaten Nachfrage gehen eindeutig expansive Effekte aus – es überwiegen noch immer die rückläufigen Tendenzen.

In dieser Situation richtet die Wirtschaftspolitik ihre Hoffnungen auf den Außenhandel. Bereits eine Abschwächung der rückläufigen Tendenz der Auslandsbestellungen wird als Indiz für expansive Tendenzen im Export genommen.

Doch scheinen auch diese Erwartungen bei näherer Betrachtung auf Sand gebaut. Einmal engt der nach wie vor hohe Außenhandelsüberschuß der BRD den Spielraum für neue Exportoffensiven ein. Zum anderen aber stehen die wichtigsten Handelspartner der BRD – die EG-Staaten – teilweise erst vor ihrem Krisentiefpunkt.

Für Konjunkturoptimismus gibt es also auch heute, rund 2 Jahre nach Beginn der Krise, keinen Anlaß. Wenn es bis zur Stunde noch keine Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung gibt, so trägt an dieser Situation nicht nur die Politik der Konzerne Schuld. Auch die regierungsmäßliche Wirtschaftspolitik hat einen Teil der Verantwortung.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmertgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Zum „Sparprogramm“ der Bundesregierung
- 3.3 Preise
- 3.4 Reallöhne und -gehälter
- 3.5 Beschäftigung

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik ist nun schon das dritte Halbjahr real rückläufig. Im ersten Halbjahr 1975 wurde nur wenig mehr produziert als im ersten Halbjahr 1972.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts

	In jeweiligen Preisen Mill. DM		In Preisen von 1962 Mill. DM	
	% geg. Vorj.	% geg. Vorj.	% geg. Vorj.	% geg. Vorj.
1974, 1. Hj.	477 000	+7,0	294 200	-0,9
2. Hj.	517 000	+7,5	300 800	-0,6
1975, 1. Hj.	496 500	+4,1	279 500	-5,0
1. Hj. ¹	508 500	+6,5	290 500	-1,5
2. Hj. ²	536 000	+3,5	291 500	-3,0

1 Prognose des Gemeinschaftsgutachtens der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom 25. 4. 1975

2 Prognose des Gemeinschaftsgutachtens der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom 16. 10. 1975

Quellen: Wirtschaft und Statistik, 9/75, S. 595; Wirtschaftskonjunktur, 10/75, S. 10; „Info“ 2/75, S. 2

Die Tabelle demonstriert, welcher Wert den meist in ein umfangreiches und genaues Zahlenspiel gehüllten Prognosen der bürgerlichen Forschungsinstitute zuzumessen ist. Noch im April 1975, als das erste Halbjahr 1975 bereits teilweise abgelaufen war, konnte auch nicht annähernd die wirkliche unmittelbar bevorstehende Entwicklung abgeschätzt werden. Für das zweite Halbjahr 1975 war sogar wieder ein reales Wachstum angekündigt worden. Auch die Prognose für das laufende zweite Halbjahr 1975 geht wieder von der Annahme einer unmittelbar bevorstehenden Belebung aus – eine Hoffnung, die gegenwärtig kaum begründeter erscheint als im April.

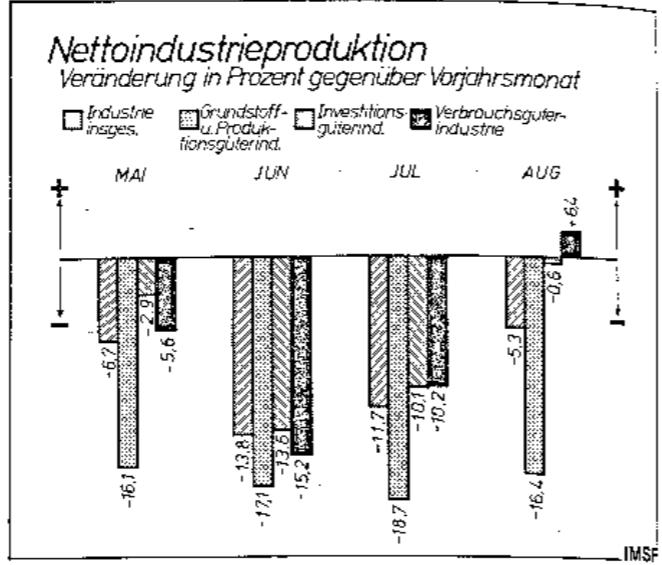
Sicher sind die Bestrebungen der Institute, ihre Prognosen als politische Instrumente nutzbar zu machen, eine Ursache für die eklatanten Mißerfolge ihrer Prognosen. Sowohl durch das „Frühjahrsgutachten“ als auch durch das „Herbstgutachten“ sollte der Zweckoptimismus der Bundesregierung gestützt werden.

Aber das erklärt noch nicht die häufig der realen Entwicklung geradezu entgegengesetzten Voraussagen. Es zeigt sich daran auch, daß die mit umfangreichen technischen Mitteln ausgestatteten Prognostiker einer Wirtschaft gegenüberstehen, die sich anarchisch entwickelt und so selbst kurzfristige Vorhersagen über den konkreten Verlauf nahezu unmöglich macht. Zwar laufen die Krisen und Aufschwünge der kapitalistischen Wirtschaft durchaus nach einem bestimmten Grundmuster ab. Der Verlauf im einzelnen aber, die Dauer und die Tiefe der Krise, hängen von einer Vielzahl weitgehend unkalkulierbarer Faktoren ab, so daß eine in Zahlen gefaßte und durchgerechnete Voraussage für einen bestimmten Zeitraum kaum möglich ist.

Für das laufende Jahr sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute einen realen Rückgang des Bruttosozialprodukts um 4 Prozent voraus – eine Zahl, die selbst die pessimistischsten Schätzungen von Mitte dieses Jahres (vgl. „Info“ 3/75, S. 2) in den Schatten stellt. Und doch muß diese Annahme jetzt als besonders optimistisch herausgestellt werden, weil sie nur bei einer „baldigen Aufwärtsbewegung“ Realität werden wird. Und für eine solche Entwicklung gibt es gegenwärtig keine Anhaltspunkte.

1.2 Produktion

Die Industrieproduktion sinkt seit 16 Monaten ununterbrochen. Im Durchschnitt der ersten 8 Monate 1975 lag der Index der industriellen Nettoproduktion um 9,1 Prozent unter dem entsprechenden Niveau des Vorjahrs. Besonders scharf ist der Produktionseinbruch in den Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, in denen die Arbeitsgegenstände des Produktionsprozesses hergestellt werden. Hier lag das Niveau der Produktion um 16,1 Prozent unter dem Vorjahresstand. Dieser extreme Rückschlag ist jedoch nur zum Teil Ausdruck der konjunkturellen Bewegung. Denn die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sind besonders auf den Export ausgerichtet, so daß der Abbau des überproportionalen Exportüberschusses der BRD – ein strukturelles Moment der Krise in der BRD – sich dort verstärkt auswirken muß.



Die jeweils neuesten Monatszahlen sind dabei nur vorläufige Daten, die häufig ganz erheblich von den endgültigen Daten abweichen und meist positiver ausfallen als die Endergebnisse. So ergaben die vorläufigen Zahlen für Mai 1975 – wie auch im „Info“ 3/75 gemeldet – für die Verbrauchsgüterindustrien ein leichtes Wachstumsplus von 0,5 Prozent. Tatsächlich aber ist die Produktion nach den endgültigen Ermittlungen weiter um 5,6 Prozent gesunken. Es ist daher auch bei Presseveröffentlichungen, die sich meist auf vorläufige Monatszahlen stützen, Vorsicht angebracht.

Ein Blick auf die Entwicklung einzelner Industriezweige bestätigt die Schwäche der Grundstoffindustrien. Es zeigt sich auch, daß die Gruppe der Investitionsgüterindustrien durch die Einbeziehung des Straßenfahrzeugbaus – in dem sich eine Sonderentwicklung vollzieht – positiv dargestellt wird.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1975 gegenüber dem Vorjahr in Prozent in ausgewählten Industrien

	Mai	Juni	Juli	August
Industrie insgesamt	- 6,7	-13,8	-11,7	- 5,3
Bauindustrie	- 9,9	-18,1	-10,4	- 8,3
Eisenschaffende Industrie	-27,3	-23,1	-29,0	-30,6
Chemische Industrie	-17,2	-20,6	-22,3	-20,7
Maschinenbau	- 1,4	-15,7	- 9,7	- 5,0
Straßenfahrzeugbau	+ 4,4	+ 5,6	+ 2,4	+19,7
Elektrotechnische Industrie	- 7,3	-18,8	-15,3	- 4,6
Textilindustrie	- 2,8	-13,3	-12,6	+12,4
Bekleidungsindustrie	+ 2,1	+ 2,8	- 1,5	+ 8,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/75, S. 627* ff.)

Insbesondere bei der Entwicklung der Textil- und Bekleidungsindustrien muß in Rechnung gestellt werden, daß die Produktion dort schon im Vorjahr gegenüber 1973 gesunken war, eine positive Produktionsentwicklung also noch keinen Rückschluß auf eine etwaige Belebung zuläßt. So lag die Produktion der Textilindustrie im August 1975 – nach den vorläufigen Zahlen – zwar um 12,4 Prozent über dem Vorjahresstand, war damit aber immer noch 33,3 Prozent niedriger als 1973.

Ahnlich verhält es sich mit der Produktion im Straßenfahrzeugbau.

Herstellung von Personenkraftwagen

	1973		1974		1975	
	Stück	Stück	Stück	% geg. Vorjahr	Stück	% geg. Vorjahr
Mai	330 717	255 932	226 098	-22,6	226 098	-11,7
Juni	279 782	190 966	251 338	-31,7	251 338	+30,1
Juli	186 164	167 145	147 311	-10,2	147 311	-11,8
August	210 396	142 540	183 433	-32,3	183 433	+28,7
September	297 573	215 826	274 600	-27,5	274 600	+27,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik)

Die Produktionsziffern der Automobilindustrie liegen also durchweg erheblich unter dem Stand von 1973, vor dem Ausbruch der sogenannten Energiekrise. Die damit verbundenen Kostensteigerungen für den Verbraucher und die Preiserhöhungen für PKW selbst haben vor dem Hintergrund der konjunkturellen Krise zur Rückstellung von Neuanschaffungen geführt. Diese Käufe werden nun teilweise nachgeholt, ohne daß jedoch von einer echten Neubelebung gesprochen werden könnte. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) erwartet daher, daß die stark gestiegenen Zulassungszahlen 1976 nicht weiter wachsen werden. (HB, vom 10. 11. 1975).

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung kommt in einer Branchenanalyse der Automobilindustrie zu dem Ergebnis: „Allerdings spricht die anhaltende Unsicherheit der Arbeitsplätze gegen eine ungebremste Zunahme der Kaufbereitschaft. Es ist darum zu erwarten, daß die Inlandsnachfrage insgesamt das hohe Niveau vom zweiten Quartal 1975 nicht halten wird und im Herbst – saisonbereinigt – auf eine Größenordnung hin tendiert, die der des ersten Vierteljahrs entspricht“ (Ifo-Schnelldienst, 26/75, S. 9). Die positiven Zahlen der Automobilbranche können daher nicht als erste Anzeichen einer konjunkturellen Belebung interpretiert werden.

Während die industrielle Produktion weiter sinkt, deuten auch die industriellen Auftragseingänge keine bevorstehende Belebung an.

Industrielle Auftragseingänge 1975 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Mai	- 16,7	- 22,5	- 13,8	- 12,4
Juni	+ 18,8	- 14,9	+ 53,6	+ 2,3
Juli	- 3,1	- 18,2	+ 12,0	- 7,8
August	- 14,2	- 22,5	- 11,5	- 1,0
September	+ 6,0	- 10,2	+ 19,3	+ 5,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 64*; Handelsblatt v. 5. 11. 75)

Die Auftragseingänge vom Juni und teilweise, aus rechnerischen Gründen, auch noch die vom Juli standen unter dem Einfluß der am 30. Juni 1975 auslaufenden Investitionszulage. Infolgedessen erklären sich die extremen Ausschläge sowohl in den Monaten vor als auch nach dieser Periode aus den Sondereinflüssen dieses Termins. Keinesfalls können diese Schwankungen als „Tendenzwende“ interpretiert werden, wie es von Seiten der Bundesregierung zuweilen angekündigt wird. Die Zahlen sind zudem – daran sei noch einmal erinnert – nicht saisonbereinigt, so daß in den Septemberzahlen z. B. der Einfluß einer saisonüblichen „Herbstbelebung“ Eingang findet. Auch sind die Ziffern nicht preisbereinigt, spiegeln also nur die Nominalentwicklung wider.

Inlands- und Auslandsbestellungen weisen gegenwärtig keine extremen Unterschiede mehr auf. Insgesamt ist jedoch der Auftragseingang aus dem Ausland noch etwas schwächer als der aus dem Inland.

Industrielle Auftragseingänge 1975 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Inland	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Mai	- 14,2	- 21,1	- 8,9	- 11,7	
Juni	+ 36,1	- 10,1	+ 100,0	+ 3,9	
Juli	+ 2,7	- 13,4	+ 23,5	- 5,4	
August	- 7,2	- 15,6	- 2,0	- 0,2	
September	+ 8,9	- 6,2	+ 26,8	+ 4,4	

Ausland	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Mai	- 22,2	- 25,9	- 20,9	- 16,7
Juni	- 16,0	- 25,2	- 11,8	- 7,0
Juli	- 15,1	- 29,0	- 5,9	- 21,0
August	- 27,9	- 37,0	- 25,1	- 6,6
September	+ 0,1	- 19,3	+ 8,5	+ 10,4

(Quellen: ebd.)

Die etwas

Etwa seit 1970 datiert der Rückgang der realen Anlageinvestitionen der Industrie, eine Folge der Überakkumulation der Jahre 1968–70. Das Volumen der industriellen Investitionen lag 1974 um 22 Prozent unter dem Niveau von 1970. Allerdings muß darauf verwiesen werden, daß allein im Zeitraum 1969 und 1970 das Volumen der Investitionen der verarbeitenden Industrie um 54 Prozent über den Stand von 1968 gestiegen war. (Vgl. „Info“ 3/75)

Schon 1974 wuchs infolgedessen der Kapitalbestand nur noch um 3 Prozent, während das Wachstum um 1970 noch durchschnittlich 6 Prozent betragen hatte.

Brutto-Anlagevermögen der Industrie in Preisen von 1970

	1960	1965	1970	1974
In Milliarden DM	241,2	345,6	445,9	534,1
Zuwachs in %	+ 43,3	+ 29,0	+ 19,8	

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 45/75, S. 372)

Gleichzeitig verändert sich die Alterstruktur des Anlagevermögens.

Altersstruktur des Brutto-Anlagevermögens der Industrie in Prozent der Gesamtanlagen

	1960	1965	1970	1974
Bis 5 Jahre	41,1	37,5	31,3	30,2
6 bis 10 Jahre	26,9	28,6	28,7	24,8
11 Jahre und älter	32,0	33,9	40,0	45,0

(Quelle: DIW-Wochenbericht, a.a.O.)

Schon für 1975 rechnet das DIW mit einem Anteil der ältesten Gruppe um 50 Prozent. In dieser raschen Verschiebung der Alterstruktur liegt aber ein Moment, das einen Aufschwung von der Investitionsseite her begünstigen kann. Denn mit zunehmendem Durchschnittsalter des Anlagenbestandes nimmt der Erneuerungsbedarf zu – sei es durch einfache Ersatzbeschaffung oder sei es, wie gegenwärtig vorherrschend, auf technisch höherer Stufe durch Rationalisierungsinvestitionen. Es kann infolgedessen im Zeitablauf zu einer gewissen Zunahme der Investitionsnachfrage kommen, ohne daß die industriellen Kapazitäten wieder voll ausgelastet sind. Das trifft insbesondere auf Anlagekomplexe zu, deren Umfang unabhängig von der jeweiligen Ausbringungsmenge ist.

Ein solcher expansiver Effekt ist allerdings weder zeitlich absehbar noch in irgendeiner Weise an die jeweilige Ertragslage der Unternehmen gebunden. Denn die gemeinten Investitionen sind zur Aufrechterhaltung der Produktion unumgänglich. Auch ist der zu erwartende Umfang dieses „Erneuerungseffekts“ nicht abzusehen. Denn der Ersatz von alten Anlagen auf höherer technischer Ebene ist häufig auch mit einer Ersparnis an Kapital verbunden. Zudem setzen die Rationalisierungsinvestitionen Arbeitskräfte „frei“, die teilweise als Nachfrager von Konsumgütern ausfallen. Der Gesamteffekt des „Erneuerungsbedarfs“ auf die Gesamtnachfrage ist also kaum abzuschätzen.

Während die Bundesregierung nach Mitteln sucht, um die private Investitionstätigkeit mit Hilfe von neuen Steuervergünstigungen anzuregen – ein aussichtsloses Unterfangen angesichts der zurückgehenden Gesamtnachfrage –, verringert sie die öffentlichen Investitionen.

Investitionswirksame Ausgaben des Bundes

1973						
	Mrd. DM	In %	Mrd. DM	In %	Mrd. DM	In %
Sachinvestitionen	6,49	– 4,4	7,10	+ 9,4	7,54	+ 6,2
Zuweisungen für Investitionen	10,23	– 1,1	11,20	+ 9,5	11,38	+ 1,6

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 33/75, S. 264)

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

² Geplant

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Planansätze voll realisiert werden, ist die Investitionstätigkeit des Bundes eher prozyklisch. Denn nach Abzug der Preissteigerungen haben sich die Investitionsausga-

ben 1974 real kaum und 1975 gar nicht erhöht. Dabei ist der Bundeshaushalt noch am ehesten konjunkturpolitisch zu gestalten, weil hier keine föderalistischen Koordinierungsprobleme auftauchen.

Bei den Haushalten von Ländern und Gemeinden sieht es eher noch schlechter aus. Denn mit Steigerungssätzen von 3 Prozent bei den Gemeinden – auf die rund zwei Drittel der öffentlichen Sachinvestitionen entfallen – und 4 Prozent bei den Ländern waren die investitionswirksamen Haushaltssätze für 1975 real rückläufig. Die effektive Auftragsvergabe ist sogar noch restriktiver als die Haushaltssätze. Das zeigt die Entwicklung der öffentlichen Tiefbauaufträge, die rund ein Drittel der öffentlichen Sachinvestitionen ausmachen. In den ersten 8 Monaten des Jahres 1975 sanken sie nominal um 5,4 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit und waren damit mehr als eine halbe Milliarde niedriger (Wirtschaft und Statistik, 10/75, S. 637*). Real ist der Rückgang noch schärfer.

An dieser Tendenz ändert auch das vom Bundeskabinett beschlossene „Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen“ in Höhe von 5,75 Mrd. DM wenig. Es kann die rückläufige Bautätigkeit insgesamt kaum ausgleichen. So wurden in den ersten 8 Monaten 1975 nur noch 156000 Wohnungen fertiggestellt, 34,6 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 1975 und 38,7 Prozent weniger als 1973. Das Bonner Institut für Städtebau rechnet daher für 1975 damit, daß dieses Jahr weniger als 400000 Wohnungen gebaut werden – gegenüber 604000 im Vorjahr. Von Januar bis Dezember sind nach Mitteilung des statistischen Bundesamtes 17 Prozent weniger Wohnungen von den Bauaufsichtsbehörden genehmigt worden. Damit wurden nur noch 268000 Wohnungen zum Bau freigegeben – gegenüber noch 322000 im Vorjahr. (Zit. in FAZ vom 12. 11. 1975)

Allein das Bauhauptgewerbe verzeichnete in den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres um 3,36 Mrd. DM niedrigere Umsätze als im Vorjahr. Der Sonderhaushalt dürfte kaum ausreichen, um die Ausfälle des Baugewerbes wettzumachen.

Auch langfristig ist die öffentliche Investitionstätigkeit eher rückläufig. Nach den Ansätzen der Finanzplanung sollen die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand bis 1979 zwischen 22,2 und 23,0 Mrd. DM liegen, niedriger als 1975. (HB vom 23. 10. 1975)

Das DIW faßt seine Beurteilung der Investitionspolitik der öffentlichen Hand in folgendem Satz zusammen: „Dieses prozyklische Verhalten der öffentlichen Hand steht eindeutig im Widerspruch zu den konjunkturpolitischen Erfordernissen. Kürzungen der Sach- und Investitionsausgaben verstärken multiplikativ die konjunkturelle Abschwächung.“ (DIW-Wochenbericht, 33/75, S. 265)

1.4. Außenwirtschaft

Im Zuge des rückläufigen Welthandels wurde der Export der BRD erheblich reduziert. Für die extrem exportabhängige BRD war diese Entwicklung mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Krise verbunden.

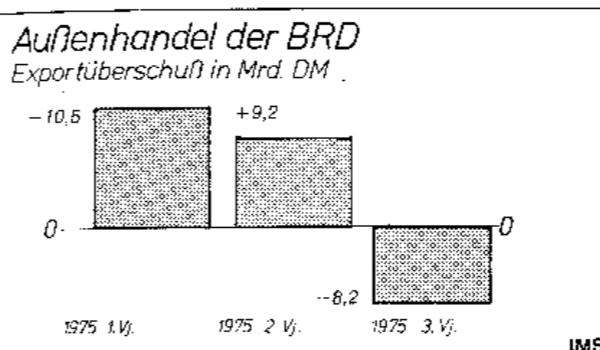
Außenhandel der BRD

	Einfuhr Mrd. DM	In %	Ausfuhr Mrd. DM	In %	Saldo Mrd. DM	In % ¹
1972	128,7		149,0		+ 20,3	
1973	145,4	+ 11,4	178,4	+ 19,7	+ 33,0	+ 62,6
1974	179,7	+ 23,6	230,6	+ 29,3	+ 50,8	+ 53,9
1975, 1. Vj.	42,1	+ 1,7	52,7	– 3,6	+ 10,5	– 21,1
2. Vj.	46,6	+ 3,1	55,7	– 2,6	+ 9,2	– 23,3
3. Vj.	44,8	– 2,0	53,0	– 7,8	+ 8,2	– 29,9

¹ In % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 69*; Wirtschaft und Statistik, 10/75, S. 643*)

Real lag die Ausfuhr im August 1975 um 6,7 Prozent unter dem gleichen Vorjahresstand. Der Export der BRD geht also etwa im gleichen Tempo zurück wie der gesamte Welthandel. Es muß allerdings angemerkt werden, daß der Exportüberschuß der BRD immer noch beträchtlich ist, die BRD-Exporte also noch immer ein Faktor des Ungleichgewichts im kapitalistischen Welthandel sind. Vor diesem Hintergrund müssen auch die vorwiegend auf die Ausfuhr gerichteten

Hoffnungen der amtlichen Konjunkturpolitik betrachtet werden. Angesichts der immer noch bestehenden Disproportionen im Welthandel ist es unwahrscheinlich, daß sich die BRD – wie in der Krise 1966/67 – weiter auf Kosten ihrer „Partnerländer“ aus der Krise herauswinden kann. Das würde die Ungleichgewichte derart vergrößern, daß Gegenreaktionen seitens der Handelspartner wahrscheinlich wären. Der Rückgang des Außenhandelsüberschusses der BRD stellt einen Schritt in Richtung „Normalisierung“ dar, also eine strukturelle Korrektur und ist insofern kein kurzfristiges konjunkturelles Moment.



Die Krise in den kapitalistischen Industrieländern

	Industrieproduktion In % gegenüber Vorjahr	1974	1. Halbj. 1975
USA	– 0,6	– 12,0	
Japan	– 2,4	– 15,0	
BRD	– 1,1	– 8,0	
Frankreich	+ 2,1	– 9,0	
England	– 1,8	– 2,5	
Italien	+ 4,5	– 14,0	
Niederlande	+ 3,2	– 5,0	
Belgien	+ 4,7	– 8,5	
Schweiz	+ 1,4	– 18,0	
Österreich	+ 5,0	– 6,5	
Kapitalistische Industrieländer	0,0	– 10,5	

(Quelle: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, zit. in: FAZ v. 1. 9. 75)

Das Bruttonsozialprodukt der aufgeführten Länder wird nach Schätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 1975 um 1,5 bis 3,0 Prozent zurückgehen.

2. Unternehmergevinne und Konzentration

2.1 Unternehmergevinne

2.1 Unternehmergevinne

Die wirtschaftspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit kreist seit Beginn der Krise um das Zentrum „Unternehmergevinne“ und strafft damit alle die Ideologen Lügen, die in Zeiten günstigerer Konjunktur den Kapitalismus für „überwunden“ erklärt und Begriffe wie „Wohlfahrtsgesellschaft“, „Konsumgesellschaft“ und ähnlich kurzlebige Definitionen schufen. Der private Profit ist der Kernpunkt der herrschenden Produktionsweise.

Das bedeutet jedoch nicht, daß hohe Profite ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum garantieren. Denn das Streben nach Höchstprofiten beschränkt die gesellschaftliche Kaufkraft und setzt somit selbst wieder die Schranken des Kapitalverwertungsprozesses.

Gegenwärtig verfügen vor allem die monopolisierten Bereiche der Wirtschaft über hohe Erträge, ohne daß damit die Krise überwunden wird.

Allerdings zeigt sich auch hier die Situation inzwischen differenzierter als im Rekordjahr der Konzerne 1974. In einigen Wirtschaftszweigen – dazu gehören insbesondere das Bank- und Versicherungswesen und die Kaufhauskonzerte – steigen die Gewinne unvermindert an. Die Automobilkonzerte konnten sich von einer relativen Schwäche 1974 erholen. BMW z. B. – ohnehin von der Automobilkrise nur wenig betroffen – erwartet für 1975 ein „recht ordentliches Ergebnis“. (HB vom 11. 11. 1975)

Die „Berliner Handels-Gesellschaft-Frankfurter Bank“ (BHF) hat 50 westdeutsche Aktiengesellschaften auf ihre Ertragslage 1975 hin untersucht – auch hier lagen nur die veröffentlichten Gewinne zugrunde – und zeichnet ein differenziertes Bild. So rechnet sie in der chemischen Industrie und bei Bau- und Baustoffwerten mit geringeren Erträgen. Höhere Gewinne sind demnach neben den Banken, den Kaufhäusern und Versandunternehmen und den Automobilkonzernen bei den größten Unternehmen des Maschinenbaus und der Elektroindustrie zu erwarten. In der Stahlindustrie ist die Situation uneinheitlich. Während Klöckner und Salzgitter offensichtlich geringere Erträge ausweisen werden, ist die Situation bei Mannesmann und bei Krupp nicht ungünstiger als im Vorjahr. Gerade bei den Stahlkonzernen muß allerdings daran erinnert werden, daß sie allein im Vorjahr ihre offiziellen Gewinne mehr als verdoppelt haben. (Zit. in: HB vom 28. 10. 1975)

Ein Überblick über die Entwicklung der Konzernprofite insgesamt ist gegenwärtig noch nicht möglich. Als einzige statistische Größe steht das „Einkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermö-

gen" zur Verfügung. (Vgl. zur Problematik dieser Größe „Info“ 1/75) Generell kann gesagt werden, daß die Entwicklung der Konzernprofite insbesondere in der Krise oberhalb dieser statistisch verwendeten Kategorie verläuft. Denn die mittelständischen Einkommen werden von der Rezession besonders getroffen, wie u.a. die steigenden Insolvenzzahlen zeigen.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	1971		1972		1973		1974		1. Hj. 1975	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ³	185,5	+ 5,4	200,0	+ 7,9	215,3	+ 7,6	217,6	+ 1,1	104,9	+ 1,1
Steuern	37,1	+ 6,2	39,6	+ 6,7	49,8 ²	+ 25,6	51,3 ²	+ 3,1	22,5	+ 9,3
Netto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	148,3	+ 5,2	160,4	+ 8,1	165,5	+ 3,2	166,3	+ 0,4	82,3	+ 4,3
Abschreibungen	85,1	+ 13,8	93,6	+ 9,9	103,1	+ 10,2	115,8	+ 12,3	61,9	+ 10,3
Netto-Einkommen und Abschreibungen	233,4	-	254,0	+ 8,8	268,6	+ 5,7	282,1	+ 5,0	144,2	+ 6,7

1 In % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum

2 Einschließlich „Stabilitätszuschlag“

3 Wird manchmal noch unterteilt in Einkommen der Privaten und des Staates, wobei der letztere Teil kaum ins Gewicht fällt

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/75, S. 604; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 62*)

Die laufende Einkommens- und Liquiditätssituation der Unternehmen hängt auch von der Entwicklung der Abschreibungen ab, die ja echte zufließende Mittel sind. Selbst die so – verzerrt – dargestellten Unternehmergewinne steigen also gegenwärtig wieder stärker an. Für das laufende Halbjahr 1975 und für 1976 prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute einen weiteren raschen Einkommenszuwachs.

Unternehmereinkommen in der Prognose

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
	2. Hj. 75	1. Hj. 76	2. Hj. 76
Netto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 6,5	+ 13,5	+ 17,0
Nettolohn- und Gehaltssumme	+ 3,5	+ 1,0	+ 5,0

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 42/43, 1975, S. 358)

Behält diese Prognose auch nur annähernd recht, dann steht eine weitere krasse Auseinanderentwicklung von Löhnen und Gewinnen bevor. Ob sich diese Tendenz durchsetzt, hängt allerdings auch von der Kampfbereitschaft und der Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen ab.

Die Finanzierungssituation der Unternehmen ist infolge der meist günstigen Ertragslage und der zunehmenden Abschreibungssummen hervorragend. Die Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen, d.h. der Anteil der eigenwirtschafteten Mittel an den Aufwendungen für Sachanlagen und Vorräte, stieg von 83,5 Prozent im ersten Halbjahr 1975 über 91,5 Prozent 1974 auf 95,5 Prozent im ersten Halbjahr 1975. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 19 f.) Die reichlich fließenden Einnahmen werden in den Betrieben zur Schuldenentlastung benutzt, wodurch sich die Zinskosten in Zukunft verstärkt verringern dürften. Zu einem wachsenden Teil aber werden die Gewinne entnommen und für den privaten Konsum und vor allem die privaten Geldanlagen der Unternehmer verwendet.

Privatentnahmen der Unternehmer

	Mrd. DM	% geg. Vorjahr
1973	125,6	-
1974	126,7	+ 0,9
1975, 1. Halbjahr	59,5	+ 20,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 17)

Die hohen Privatentnahmen sind im übrigen auch eine Ursache der wachsenden gesamtgesellschaftlichen Sparquote. Die Unternehmer legen als Geldkapital an, was sie nicht mehr in den Betrieben investieren wollen. Das zeigt aber deutlich, daß nicht etwa die zu knappen Mittel die Unternehmer von Investitionen abhalten.

2.2 Konzentration

In den umsatzstärksten und für das wirtschaftliche Wachstum wichtigsten Industriezweigen der kapitalistischen Welt spielen in immer stärkerem Maße wenige große Konzerne die maßgebliche Rolle.

Beatrice Foods	USA	3,54	5,7
Die 5 größten Konzerne zusammen		32,43	52,3
Maschinenbau		50,00	100,0
Mitsubishi	Japan	5,66	11,3
Harvester	USA	4,97	9,9
Rockwell	USA	4,41	8,8
GHH	BRD	4,12	8,3
Caterpillar	USA	4,08	8,2
Die 5 größten Konzerne zusammen		23,24	46,5

(Quelle: Wirtschaftswoche, 46/75, S. 38)

Die 5 größten internationalen Konzerne besitzen im Maßstab der kapitalistischen Weltwirtschaft zusammen meist die Hälfte und mehr der Marktanteile der führenden Branchen. Dabei ist die Größe des Umsatzanteils nur ein Indiz für die Stärke der Monopole. Denn einmal haben die einzelnen Konzerne die Märkte häufig unter sich aufgeteilt, d.h. sie konzentrieren sich auf bestimmte Produkte oder bestimmte Regionen. BASF z.B. hält allein 50 Prozent der internationalen Märkte für Styropor. Zudem haben die großen Konzerne zwar in einer Branche meist ihren Schwerpunkt – sind aber auch auf anderen Märkten tätig. Der Elektrokonzern ITT z.B. ist mit „Lacroix-Suppen“ auch im Nahrungsmittelgeschäft der BRD tätig. (FAZ vom 10. 11. 1975)

Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Monatsbasis in % gegenüber dem Vorjahresmonat

	Jan.	Febr.	März	April	May	Juni	Juli	Aug.	1974	1975
+ 10,5	+ 9,9	+ 9,9	+ 9,0	+ 8,3	+ 7,8	+ 7,6	+ 7,5	+ 12,4		

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 67*)

Setzt sich die Tendenz der schrumpfenden Zuwachsraten in der nächsten Zeit weiter fort, kann eine durchschlagende Belebung des privaten Verbrauchs nicht erwartet werden.

3.2 Zum „Sparprogramm“ der Bundesregierung

Zum ersten Male seit Bestehen der Bundesrepublik greift die Bundesregierung gesetzlich gesicherte soziale Errungenschaften der Bevölkerung an. Schien es bisher so, als ob die Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung eine – zwar nur langsam befahrbare – Einbahnstraße sei, die insgesamt zu ständigen Verbesserungen führt, so sieht sich nun die Arbeiterklasse mit der Tatsache konfrontiert, daß selbst scheinbar gesetzlich gesicherte soziale Positionen wieder abgebaut werden können.

Durch das Anfang November im Bundestag behandelte „Artikelgesetz“ werden soziale Leistungen teilweise erheblich eingeschränkt. Die mit großem demagogischen Geschick eingeleitete „öffentliche“ Diskussion über die „Entschlackung“ des Systems der sozialen Sicherung (Vgl. „Info“ 3/75) hat also zu ersten fühlbaren Ergebnissen geführt. Damit scheint jedoch erst ein Anfang gemacht, denn die Diskussion geht auch nach der Verkündung dieser Streichungen verstärkt weiter.

Die als „Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation“ bezeichneten Ausgabenkürzungen bedürfen teils Gesetzesänderungen, teils sind sie aber auch auf dem Verordnungswege realisierbar.

Im folgenden sollen die wichtigsten Maßnahmen des „Sparprogramms“ der Bundesregierung noch einmal zusammenfassend aufgezählt werden.

Öffentlicher Dienst:

Neben Maßnahmen im tariflichen Bereich sind folgende gesetzliche Einschränkungen vorgesehen:

- Hinausschieben der vorgezogenen Altersgrenze
- Streichung der Bewährungsförderung
- Beseitigung von Ortszuschlägen bei Verheirateten
- Festbeschreibung der Ministerialzulage
- Herabsetzung des Ausgleichsbetrags bei vorgezogener Altersgrenze
- Wegfall der Fahrtkostenzuschüsse
- „Streckung“ des Wohnungsfürsorgeprogramms
- Änderungen im Beihilferecht

Insgesamt sollen dadurch allein 1976 1,140 Millionen DM eingespart werden. (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 111 vom 12. 9. 1975)

Entgegen der in Vorbereitung dieses Programms benutzten Demagogie des „Kampfes gegen Privilegien“ treffen die Kürzungen fast ausschließlich die unteren und mittleren Einkommensbezieher des öffentlichen Dienstes. So wird die „Festschreibung“ der Ministerialzulage 1976 nicht mehr als 5 Millionen an Ersparnissen bringen. Der DGB berechnete, daß z.B. ein verheirateter Briefträger, dessen Frau ebenfalls im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, monatlich 243 DM verliert, rund 15 Prozent seines bisherigen Einkommens. Allein die Streichung des Fahrtkostenzuschusses – sie wurde ohnehin nur bei Monatsentnahmen bis zu 1781 DM gewährt – belastet die unteren Einkommensgruppen mit 4 bis 12 Prozent ihres Nettoeinkommens, der Wegfall der „Bewährungsförderung“ belastet besonders die jungen Beamten des unteren und mittleren Dienstes mit monatlich 57 bis 66 DM. (DVZ vom 18. 9. 1975)

Konzentration in den wichtigsten Industriezweigen des Kapitalismus (1974)

Firma/Branche	Nationalität	Umsatz in Mrd. Dollar	Umsatzanteile in %
Erdöl		238	100,0
Esso	USA	42,06	17,7
Shell	Holl./England	33,04	13,9
Texaco	USA	23,26	9,8
McBil Oil	USA	18,93	8,0
BP	England	18,27	7,7
Die 5 größten Konzerne zusammen		135,56	57,1
Automobile		114,0	100,0
General Motors	USA	31,55	27,7
Ford	USA	23,62	20,7
Chrysler	USA	10,97	9,6
VW	BRD	6,57	5,8
Daimler-Benz	BRD	6,29	5,5
Die 5 größten Konzerne zusammen		79,00	69,3
Elektroindustrie		101,0	100,0
General Electric	USA	13,41	13,3
IBM	USA	12,68	12,6
ITT	USA	11,15	11,0
Philips	Holland	9,42	9,3
Western Electric	USA	7,38	7,3
Die 5 größten Konzerne zusammen		54,04	53,5
Chemie		80,00	100,0
BASF	BRD	8,49	10,6
Hoechst	BRD	7,82	9,8
ICI	England	6,91	8,6
Du Pont	USA	6,91	8,6
Bayer	BRD	6,30	7,9
Die 5 größten Konzerne zusammen		36,43	45,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 67*)

In der Industrie verläuft die Lohnentwicklung eher noch langsamer, weil der Abbau von Überstunden und die Kurzarbeit dort besonders intensiv erfolgt.

Im Juli 1975 war die L

Wirtschaft

- Streichung des Abfindungsgeldes im Kohlebergbau für Arbeiter und Angestellte, die infolge von Stilllegungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Einsparung 1976: 15 Millionen.

Landwirtschaft

- Abbau des in Form einer Steuervergünstigung gewährten „Aufwertungsausgleichs“ für Landwirte. (Das System der EWG-Agrarpreise brachte im Zuge der DM-Aufwertung von 1969 für die Landwirte der BRD umfangreiche Verluste mit sich, die durch den Aufwertungsausgleich ausgeglichen werden sollten.)

Zusammen mit einigen anderen Hilfen sollen im Jahre 1976 allein 269 Millionen DM eingespart werden. Die ohnehin unter der Krise leidende Landwirtschaft wird dadurch verstärkt belastet, was sicher nicht ohne Folge für die Lebensmittelpreise bleiben wird.

Arbeitsförderung

- Verminderung der Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit infolge der Erhöhung der Beitragssätze von 2 auf 3 Prozent. Einsparung: 3,8 Mrd. DM.
- Einschränkung der Förderungsleistungen für Umschüler, darunter Kürzung der Beihilfen von 80 auf 58 Prozent des Nettogehals für bestimmte Gruppen. Dadurch sollen 1976 480 und 1977 930 Millionen eingespart werden.

- Wegfall des Zuschlags zum Schlechtwettergeld für Bauarbeiter.
- Kürzung des Arbeitslosengeldes für verheiratete Arbeitslose, deren Ehepartner ebenfalls arbeitslos ist.

- Schul- und Hochschulabsolventen erhalten nur noch dann Arbeitslosenhilfe, wenn sie bereits beruflich tätig waren. Dadurch sollen 210 Millionen DM gespart werden.

- Einschränkung des Begriffs der „Zumutbarkeit“. Arbeitslose sollen zur Annahme von Arbeitsstellen gezwungen werden, die wesentlich ungünstiger sind als ihre bisherigen Arbeitsplätze. Gerade die ungenaue Fassung der Änderung gibt den Arbeitsämtern Handhaben zu besonders restriktiver Auslegung im Interesse des Unternehmers.

- Einschränkungen im Bereich der Kriegsopferversorgung.

Durch die Kürzungen im Bereich der Arbeitsförderung insgesamt sollen 1976 rund 4,7 Milliarden DM eingespart werden. Damit entfällt die Hauptlast des „Sparprogramms“ auf diesen Bereich.

Gesundheitswesen

- Begrenzung der Bundesmittel für den Krankenhausneubau und die Krankenhausfinanzierung. Hier sollen ab 1977 Ersparnisse in Höhe von 160 Millionen ermöglicht werden.

Wohnungswesen und Städtebau

- Leistungen des Bundes aus dem Städtebauförderungsgesetz werden durch „Streckung“ der Programme vermindert.
- Ab 1977 soll auch das Wohngeld „angepaßt“, d.h. gekürzt werden. 1976 sollen in diesem Bereich 46, 1977 schon 109 Millionen gespart werden.

Forschung und Technologie

- Vor allem Projekte im Bereich der nationalen Weltraumforschung werden gestrichen. Dagegen wird den Konzernen z.B. für Investitionen mit energiesparenden Effekten eine Investitionsprämie in Höhe von 7,5 Prozent ausgezahlt.

Während die Kürzungen eine Ersparnis von 50 Millionen ermöglichen sollen, wurden allein bis zum 30. September dieses Jahres Anträge auf die genannte Investitionsprämie für Investitionen mit energiesparenden Effekten in Höhe von 2,3 Mrd. DM gestellt. Dadurch werden den Konzernen voraussichtlich 172,5 Millionen DM zufließen. (HB vom 10. 11. 1975)

Bildung und Wissenschaft

- Durch die ausgesetzte Anpassung der Freibeträge und durch eine Erweiterung des Darlehenanteils bei der Ausbildungsförderung sowie verschiedene andere Verschlechterungen sollen 1976 insgesamt 343 Millionen DM eingespart werden.

„Zivile Verteidigung“ und Katastrophenschutz

- Beim Schutzraumbau und beim Katastrophenschutz sollen insgesamt rund 40 Millionen gespart werden. Dabei weist allerdings die Bundesregierung selbst darauf hin, daß auch nach den Kürzungen die Haushaltssätze für diesen Bereich 1976 gegenüber 1971 noch um ein Drittel höher liegen.

Gemeinschaftlich finanzierte Aufgaben von Bund und Ländern

- Die Ansätze werden für 1977 global um 10 Prozent gesenkt. Dadurch sollen Einsparungen in Höhe von 765 Millionen erzielt werden. Unter die Kürzungen fallen Aufgaben wie der soziale Wohnungsbau, der Hochschulbau usw.

Sparförderung

- Durch Senkung der Prämiensätze um 5 Prozent sollen 1977 Einsparungen von 650 Millionen erzielt werden. Da schon 1975 eine Einkommensgrenze eingeführt wurde, trifft diese Kürzung ausschließlich die unteren und mittleren Einkommen.

Abbau von Steuervergünstigungen

- Ab 1976 wird für bisher begünstigte Kreditinstitute wie Sparkassen und Kreditgenossenschaften ein einheitlicher Steuersatz von 46 Prozent eingeführt. Dadurch sollen sich Mehreinnahmen des Bundes in Höhe von 245 Millionen ergeben. Den größten Teil dieser „Mehreinnahmen“ dürften letzten Endes die kleinen Sparer zahlen, da die Sparkassen diese Belastung über niedrige Sparzinsen weitgehend abwälzen werden. (Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 111)

Nachträglich wird zusätzlich am Kindergeld „genagt“. Für in Ausbildung befindliche Jugendliche zwischen 18 und 27 Jahren, deren monatliches Einkommen über 750 DM liegt, wird das Kindergeld gestrichen. Dadurch sollen jährliche Einsparungen von 115 Millionen erzielt werden.

Durch die „Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltstruktur“ sollen 1976 insgesamt 7,923 Millionen eingespart werden, 1977 sollen es schon 12,157 Millionen sein. Hinzuzurechnen sind die ab 1977 wirkenden Mehreinnahmen infolge der Heraufsetzung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent, der Tabaksteuer um 18 Prozent und der Branntweinsteuer um 20 Prozent in Höhe von 8,185 Millionen DM.

Daneben erfolgen ab 1976 kräftige Erhöhungen der Beiträge zu den Krankenversicherungen. Die Barmer Ersatzkasse wird zum 1. Januar 1976 ihren Beitragssatz von 10,6 auf 12,1 Prozent erhöhen. Weitere Heraufsetzungen sind schon vorprogrammiert. Einzelne Ortskrankenkassen verlangen schon heute Beiträge von 13 Prozent – wie die Ortskrankenkasse Mannheim (HB vom 14. 10. 1975). Da gleichzeitig die Beitragsbemessungsgrenze erhöht wird, ergibt sich für die Versicherten der BEK – mit 3,6 Millionen Versicherten die größte ihrer Art – eine

Steigerung der Höchstbelastung um 58,70 DM. Zusammen mit der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ergibt sich eine zusätzliche Belastung von bis zu 2,4 Prozent des Bruttoeinkommens. (ebenda)

Dabei geht die Diskussion über weitere Maßnahmen der sozialen Demontage weiter.

Kernpunkte sind dabei:

Der öffentliche Dienst: Durch Stelleneinsparungen wird hier die Belastung der Beschäftigten drastisch erhöht. Nach einem Antrag der FDP-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz – der mit den Stimmen der CDU angenommen wurde – soll sich die Landesregierung für eine Wiedereinführung der 42-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst einsetzen. Das ist allerdings nur durch einen offenen Rechtsbruch generell möglich. Denn der Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst läuft erst 1980 ab. Allerdings könnte diese Regelung für Beamte durchaus schon früher Realität werden.

Die Krankenversicherung: Nach wie vor ist die „Eigenbeteiligung“ der Versicherten im Gespräch. Die kassenärztlichen Vereinigungen, die Bundesärztekammer und die FDP legten diesbezügliche, teilweise sehr detaillierte Vorschläge vor.

Die Rentenversicherung: Verschärft wird die Diskussion hier durch ein Gutachten des Sozialbeirats der Bundesregierung. Nur eine knappe Mehrheit hatte sich hier für die fällige Anpassung der Renten zum 1. Juli 1976 ausgesprochen. Die Minderheit wollte diese Anpassung um ein halbes Jahr hinausschieben und dadurch 5 Milliarden DM auf Kosten der Rentner sparen. Darüber hinaus wurden vom Beirat verschiedene andere „Sparvorschläge“ gemacht.

Alternativ wurde vorgeschlagen: – Orientierung der Rentenerhöhungen nicht mehr am Brutto- sondern am Nettoverdienst; „Aktualisierung“ der Rentenanpassung. Dadurch würden die Jahre relativ hoher Lohnsteigerungen „übersprungen“. Bei einer Realisierung würden die Rentenerhöhungen für 1976 nur noch 7,5 Prozent betragen haben.

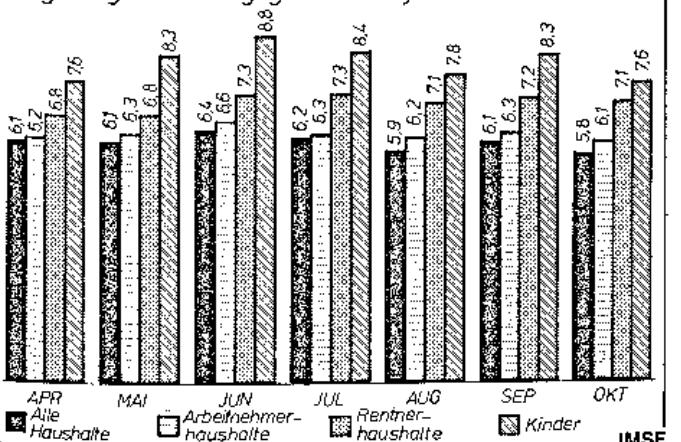
Alle diese Vorschläge laufen auf eine Aushöhlung der Rentendynamik heraus, wie sie im Einzelfall auch immer begründet werden mögen.

Diese Diskussion macht deutlich, daß noch weitere Kürzungen sozialer Leistungen zu erwarten sind. Auch hier hält man es für günstiger, „stufenweise“ vorzugehen. Dabei ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent für 1977 bereits beschlossen.

3.3 Preise

Das Tempo der Preissteigerungen hat sich in den letzten Monaten insgesamt kaum verändert.

Lebenshaltungskosten 1975 Steigerung in Prozent gegenüber Vorjahrsmonat



Spitzenwerte erreichen die Preiserhöhungen für öffentliche Leistungen.

Preiserhöhungen staatlich administrierter Güter

	August 1975 gegenüber August 1974 in %	Preisanstieg in den letzten 5 Jahren in %
Gas	+ 13	–
Strom	+ 18	–
Örtliche Verkehrsmittel	+ 12	–
Bundesbahn	+ 13	+ 60,6
Wasser	+ 10	+ 72,4
Postgebühren	+ 7	+ 86,2
Administrierte Preise insgesamt	+ 12,1	+ 56,0
Lebenshaltungskosten insgesamt	+ 5,9	+ 35,0

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, zit. in: Kölner Stadtanzeiger v. 17. 9. 75)

Ein erheblicher Teil der „Sparmaßnahmen“ des Staates wird also stillschweigend über Preiserhöhungen für öffentliche Leistungen realisiert. Hier vollzieht sich langsam aber sicher ein Prozeß der Abwälzung sozialer Lasten auf die Masse der Verbraucher.

Auch das System der Förderung im sozialen Wohnungsbau enthält ein solches Moment. Während die Zahl der neu geförderten Wohnungen abnimmt, steigen die Preise der älteren Sozialwohnungen infolge des Abbaus der Aufwendungshilfen. Im September 1975 lagen die Mieten für Sozialwohnungen aus der Zeit nach dem 20. Juni 1948 um 10,2 Prozent über dem Vorjahresstand, während der Mietpreisindex insgesamt „nur“ um 6,9 Prozent gestiegen ist.

Die sozialen Folgen sind an der Mietenentwicklung der einzelnen Haushaltsgruppen ablesbar.

Mitausgaben im September 1975 in Prozent gegenüber dem September 1974

4-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen	4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	2-Personen-Haushalte von Rentnern
+ 7,4	+ 8,5	+ 8,9

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 6, September 1975, S. 34)

Doch die Mieten steigen nicht nur für die unteren Einkommensschichten absolut schneller, die Steigerungen belasten diese auch relativ stärker, weil der Anteil der Mitausgaben am gesamten privaten Verbrauch mit sinkendem Einkommen steigt. So geben Rentenempfänger im Juni dieses Jahres 23,7 Prozent ihres privaten Verbrauchs für Mieten aus, bei „Beamten- und Angestelltenhaushalten mit höherem Einkommen“ waren es nur 15,2 Prozent. (Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 13, Juni 1975, S. 6)

Die Verminderung der Preissteigerungsraten auf den vorgelagerten Verbrauchsstufen hat sich in den letzten Monaten offensichtlich etwas beruhigt.

Ausgewählte Preisindizes 1975 in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Großhandelsverkaufspreise	Einzelhandelsverkaufspreise
April	+ 5,8	+ 8,2	+ 7,0
Mai	+ 4,9	+ 5,6	+ 6,7
Juni	+ 4,7	+ 5,9	+ 6,6
Juli	+ 3,6	+ 5,8	+ 6,4
August	+ 3,3	+ 5,3	+ 5,9
September	+ 3,3	+ 5,5	+ 5,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/75, S. 704)

Eine Besonderheit ist dabei, daß in den letzten Monaten die industriellen Erzeugerpreise für Investitionsgüter kaum noch steigen, während die Erzeugerpreise für Verbrauchsgüter steil in die Höhe gehen.

3.4 Reallöhne und -gehälter

Der soziale Abbau erfolgt nicht nur auf staatlicher Ebene, er vollzieht sich auch und vor allem in den Betrieben. Ein geeignetes Objekt ist dabei das Weihnachtsgeld.

Eine Vielzahl von Firmen will hier auf die eine oder andere Art die Leistungen kürzen.

Allein die BASF AG will dadurch 35 Millionen (von 200 Millionen im Vorjahr) einsparen. Neckermann will sogar um 50 Prozent kürzen. Standard Elektrik Lorenz (SEL) kürzt um 10 Prozent. NCR will dieses Jahr nur die tariflich vereinbarten 40 Prozent eines Monatsgehalts zahlen gegenüber 55 Prozent im Vorjahr. Conti kann „einen gewissen negativen Effekt“ für einen Teil der Beschäftigten nicht ausschließen. Auch Thyssen will dort kürzen, wo die Leistungen nicht tariflich abgesichert sind. Teilweise werden die Weihnachtsgeldzahlungen von der Dividendenhöhe abhängig gemacht und können so manipuliert werden. Vor allem in der Chemischen Industrie sind daher noch erhebliche Kürzungen zu befürchten. (Nach „Blick durch die Wirtschaft“ vom 29. 10. 1975 und „Der Spiegel“ vom 3. 11. 1975)

Wie eine Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ergab, wollen 60 Prozent aller Verbraucher Weihnachten nominal genauso viel ausgeben wie im Vorjahr, 11 Prozent planen größere Ausgaben, 23 Prozent aber werden weniger ausgeben. Es gehört kaum Phantasie dazu, um sich vorzustellen, in welchen sozialen Gruppen sich die Mehr- bzw. die Minderausgaben häufen. Nach der gleichen Umfrage sind Geschenkausgaben in Höhe von 371 DM pro Kopf geplant – nach 357 DM im Vorjahr. Die nominale Steigerung um 3,9 Prozent bedeutet also eine reale Einbuße. Zudem liegt die Umfrage zeitlich vor dem Bekanntwerden der meisten Weihnachtsgeldkürzungen, so daß die Pläne verschiedentlich noch nach unten korrigiert werden dürften. (FAZ vom 17. 11. 1975)

Allerdings zeigen zahlreiche Kurz- und Warnstreiks, daß die Maßnahmen vieler Geschäftsleitungen nicht einfach hingenommen werden. Streiks u. a. bei SEL, in einem Werk des Rheinstahl-Konzerns, im Hammerwerk Hagen-Haspe und in einer Reihe anderer Betriebe machen deutlich, daß auch in der Krise Kämpfe möglich sind.

Betrieblicher und staatlicher Lohn- und Sozialabbau leisten gemeinsam über die Verringerung der Massenkaufkraft einen Beitrag zur Verlängerung der Krise.

Eine überschlägige Berechnung ergibt, daß die Löhne und Gehälter in der kommenden Tarifrunden um durchschnittlich 10 Prozent steigen müssen, sollen die realen Einkommen gehalten werden:

Brutto-Lohnerhöhung 10,0 %

Abzüglich der Progressionswirkung der Lohnsteuer, die nach der Reform im kommenden Jahr wieder voll greifen wird. Es können daher die Erfahrungen aus den Vorjahren als Untergrenze zugrunde gelegt werden. Zwischen 1970 und 1974 stiegen die Nominallöhne brutto um 51,6 und netto um 41,8 Prozent (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/75, S. 67*). Es kann daher davon ausgegangen werden, daß mindestens ein Fünftel der Brutto-Erhöhungen durch die Progressionswirkung abzugezogen wird.

Die Erhöhung der Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit um 1 Prozent belastet die Arbeitseinkommen direkt mit 0,5 Prozent. – 0,5 %

Die Krankenkassenbeiträge steigen ebenfalls. Geht man von einer durchschnittlichen Erhöhung um 1,5 Prozent aus – wie bei der BEK –, dann errechnet sich daraus eine Belastung um 0,75 Prozent.

– 0,75 %

Angesichts der bevorstehenden Preiserhöhungen insbesondere für Mieten und Lebensmittel – auch die Überwälzungswirkung der erhöhten Sozialbeiträge der Unternehmer wird sich auswirken – kann für das kommende Jahr eine Preissteigerungsrate für „Arbeitnehmerhaushalte“ von 6,5 Prozent angenommen werden. (Januar–Oktober durchschnittlich + 6,23)

– 6,50 %

Lohnerhöhung real + 0,25 %

4/Dezember 1975

Bei dieser Modellrechnung ergibt sich aus einer nominalen Löhnerhöhung um 10 Prozent ein Rest von + 0,25 realer Löhnerhöhung.

Die Unternehmerzeitung „Handelsblatt“ kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: „Die Gewerkschaften werden in den bevorstehenden Lohnrunden schon mit Forderungen von mindestens 10 Prozentpunkten hineingehen müssen, um nur schon den Status quo der Arbeitnehmer zu sichern“. (HB vom 4. 9. 1975)

Ein Lohnabschluß um brutto + 5 Prozent, wie in der Stahlindustrie von NRW und Bremen – die Unternehmer, eher zu Übertreibungen geneigt, berechnen daraus sogar nur eine effektive „Gesamtbelastung von + 4,9 Prozent“ (HB vom 17. 11. 1975) – wird eine erhebliche Reallohnsenkung mit sich bringen.

Brutto-Löhnerhöhung	+ 5,0 %
Progressionswirkung	- 1,0 %
Beitragserhöhung zur BfA	- 0,5 %
Krankenkassenbeitragserhöhung	- 0,75 %
Preissteigerungen	- 6,5 %
Reallohnsenkung	- 3,75 %

Dabei muß hinzugefügt werden, daß die Berechnung eher noch zu optimistisch ist. Denn es wurde z. B. außer acht gelassen, daß das Kindergeld – entgegen der Regelung bisher – nominal gleich bleibt, real aber sinkt. Zudem bewirkt das System der starren Freibeträge bei der Ausbildungsförderung eine reale Senkung der Familieneinkommen im Zuge der Preiserhöhungen. Die Progressionswirkung der „reformierten“ Lohnsteuer ist ebenfalls eher zu niedrig angesetzt, denn die „Reform“ brachte insgesamt eher eine Verschärfung mit sich. (Vgl. „Info“ 1/75)

Gerade angesichts der Gewinnentwicklung ist ein solcher Abschluß vom Standpunkt der Interessen der Arbeiter und Angestellten aber in keiner Hinsicht zu verantworten. Er widerspricht auch dem Anfang November vorgelegten wirtschaftspolitischen Alternativvorschlag der 41 Wirtschaftswissenschaftler, der unter maßgeblicher Beteiligung von Wissenschaftlern aus dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften erstellt wurde. (Vgl. „Nachrichten“ 12/75)

Die soziale Lage der Arbeitslosen selbst verschlechtert sich infolge der längeren durchschnittlichen Arbeitslosigkeit der Betroffenen.

3.5 Beschäftigung

Von Quartal zu Quartal beschleunigt sich der Beschäftigungsabbau.

Beschäftigung in 1000 Personen

	Abhängig Beschäftigte insgesamt		Industriebeschäftigte	
	In 1000	In % geg. Vorj.	In 1000	In % geg. vor.
1973	22564	+ 0,6	8368	+ 0,3
1973. Sept.	22702	+ 0,6	8426	+ 0,9
1974	22152	- 1,8	8161	- 2,5
1975, 1. Vj.	21423	- 3,8	7722	- 6,2
1975, 2. Vj.	21317	- 4,1	7603	- 6,9
1975, Juli	–	–	7581	- 7,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 63*)

Die Beschäftigungszahlen haben seit dem Höhepunkt im September 1973 um fast 1,4 Millionen abgenommen, die Industrie hat dabei einen Anteil von 820 000 Arbeitsplätzen.

Da die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum um weniger als 800 000 zugenommen hat, sind rund 600 000 Arbeitsplätze durch erzielloses Ausscheiden von Arbeitskräften aus dem Erwerbsprozeß zusätzlich verlorengegangen.

Die Arbeitslosenzahlen der offiziellen Statistik sind in keinem Monat des laufenden Jahres unter 1 Million gesunken.

4/Dezember 1975

Arbeitsmarkt 1975 (In 1000)

Arbeits- lose	Verände- rung geg. Vorj.	Kurz- arbeiter	Verände- rung geg. Vorj.	Offene Stellen	Verände- rung geg. Vj.	Arbeits- lose saison- bereinigt:
Mai	1018	+ 561	922	+ 699	264	- 103
Juni	1002	+ 551	804	+ 609	263	- 111
Juli	1035	+ 544	649	+ 508	255	- 98
August	1031	+ 504	541	+ 436	253	- 86
Sept.	1005	+ 448	639	+ 374	235	- 63
Oktober	1061	- 389	717	+ 347	210	- 38

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 5 und 63*)

1 Veränderungen gegenüber den vorigen „Infos“ ergeben sich aus den regelmäßigen Neuberechnungen der Saisonfaktoren

Arbeitslose Hochschulabsolventen

	Mai 1974	Mai 1975	Davon waren Berufsanfänger Mai 1975
Hochschulausbildung	7500	13100	4200
Fachhochschulausbildung	6300	12100	2100
Akademiker			
insgesamt	13800	25200	6300

(Quelle: Strukturanalyse der Arbeitslosen vom Mai 1975, Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit, S. 91*)

Obwohl die Arbeitslosigkeit der Akademiker zwischen Mai 1974 und Mai 1975 „nur“ um 82,6 Prozent zugenommen hat – die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist um 123 Prozent gewachsen –, ist die Entwicklung in einigen Berufsgruppen besorgniserregend. So hat sich z. B. die Zahl der arbeitslosen Lehrer mehr als verdoppelt, die der Angehörigen sozialpfeilerischer Berufe verdreifacht. Hier wirkt sich insbesondere die „Sparpolitik“ der Bundesregierung aus. Die Zahl der arbeitslosen Architekten und Bauingenieure wuchs um 130 Prozent.

Trotz gegenteiliger Propaganda deckt sogar das Arbeitslosengeld kaum die notwendigsten Ausgaben. Insbesondere eine Familie, die auf die Arbeitslosenunterstützung als einzige Einkommensquelle angewiesen ist, wird von unmittelbarer materieller Not bedroht.

Das durchschnittliche Arbeitslosengeld je Bezieher lag im August 1975 bei 904,53 DM, die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe bei „Anschlußbeziehern“ belief sich auf 704,79 DM. Der Übergang vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe ist offensichtlich mit einem erheblichen Einkommensverlust verbunden – wenn auch die Differenz teilweise mit der anderen beruflichen Zusammensetzung der beiden Gruppen zusammenhängen dürfte. (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, a.a.O.)

Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird sich auch bei einem wirtschaftlichen Aufschwung nur mit großer Verspätung und keineswegs im ausreichenden Maße vollziehen. Für den Winter rechnet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stigl, sogar mit 1,5 Millionen Arbeitslosen.

Nach einer Analyse des Unternehmer- „Instituts der Deutschen Wirtschaft“ wird es selbst unter folgenden Voraussetzungen bis 1980 im Jahresdurchschnitt 700 000 Arbeitslose geben:

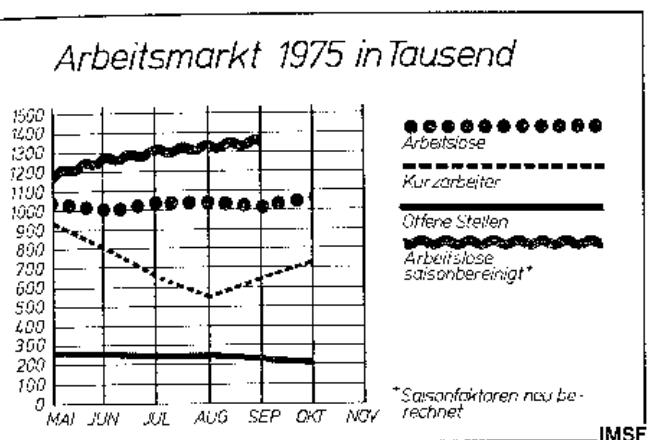
- die Zahl der ausländischen Arbeiter sinkt auf 2 Millionen;
- das Wachstum des Sozialprodukts beträgt durchschnittlich 4,8 Prozent im Jahr.

Sogar bei einem sehr optimistisch angesetzten Wachstum wird es also einen „Bodensatz“ von Arbeitslosigkeit geben. Eine der Ursachen ist die zu erwartende jährliche Zunahme der Zahl der bundesdeutschen Erwerbspersonen um 40 000 bis 80 000.

Bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent wird die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl auf 1,4 Millionen steigen, bis 1980 könnte dann mit 2,2 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden. (HB vom 3. 11. 1975)

Mag diese Untersuchung auch aus zweckpessimistischen Gründen etwas überzogen sein – die Unternehmer wollen damit die Notwendigkeit eines raschen wirtschaftlichen Wachstums, d. h. für sie wachsende Profite, demonstrieren – so stellt sie doch die Tendenzen richtig dar.

Nur die Widerstandsaktion der Arbeiterklasse und insbesondere der Gewerkschaften auf allen Ebenen kann die Durchsetzung derartiger Tendenzen verhindern.



IMSF

*Saisonfaktoren neu be-
rechnet

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erstteilung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 = 100. In jedem folgenden = 131,2 für 1963 = 147,6. Die Produktion stieg 1968 gegenüber 1962 auf 131,2 % und 1969 gegenüber 1968 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. J. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D. = Durchschnitt; BSP = Bruttonsozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl "...", bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt

nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl "...", bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMS)
Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Köln

Abschlußtermin dieses Berichts: 14. 8. 1978. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/Main, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72; für Abonnenten der Monatsschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 25,- DM (inclus. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierjährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,- DM (inclus. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 404 Neuss, Xantener Straße 7.